



kibesuisse

# Empfehlungen von kibesuisse

**26. Mai 2023**  
**Sommersession 2023**





## kibesuisse stellt sich vor

kibesuisse ist der gesamtschweizerische Fach- und Branchenverband für familienergänzende Bildung und Betreuung von Kindern in Tagesfamilien, schulergänzenden Tagesstrukturen/Tagesschulen und Kindertagesstätten. Er fördert den qualitativen und quantitativen Ausbau von bedarfsgerechten, bezahlbaren und professionellen Angeboten, engagiert sich für gute Rahmenbedingungen in der Branche und setzt sich für die Interessen seiner Mitglieder ein. Bei all seinen Tätigkeiten stellt der Verband das Wohl und die positive Entwicklung der Kinder ins Zentrum.

## Empfehlungen auf einen Blick

	Datum	Nr.	Geschäftstyp	Empfehlung
Nationalrat	Donnerstag, 15. Juni	<a href="#">21.052</a> , <a href="#">22.026</a> , <a href="#">22.4269</a>	Geschäfte BR / Motion SiK-N <b>Alimentierung Armee und Zivilschutz / Sofortige Zusammenlegung des Zivildienstes und des Zivilschutzes in einer einzigen Organisation im VBS</b>	
	kibesuisse unterstützt die Ausweitung der Schutzdienstpflicht auf gewisse Militärdienstpflichtige und ehemalige Armeeingehörige. Der Verband lehnt aber die auf den Bericht «Alimentierung Armee und Zivilschutz» gestützten, vorgeschlagenen Gesetzesänderungen ab, die Zivildienstpflichtige für Einsätze im Zivilschutz verpflichten wollen. Ebenso spricht sich kibesuisse dagegen aus, wie von der Motion der nationalrätlichen Sicherheitskommission vorgeschlagen per sofort Zivildienst und Zivilschutz zusammenzulegen. In beiden Fällen würden damit nicht nur beide Dienstpflichtformen vermischt, sondern die Zivis würden auch für die Einsätze in den Organisationen der familienergänzenden Bildung und Betreuung fehlen.			
Nationalrat	Ergänzung zur Tagesordnung	<a href="#">21.412</a>	Pa. Iv. Brenzikofer <b>Von Tagesstrukturen zu Tagesschulen</b>	
	Die vorliegende Initiative will die nötigen gesetzlichen Grundlagen für eine finanzielle Unterstützung von Tagesschulen schaffen. Diese Angebote sind begrifflich von den schulergänzenden Tagesstrukturen zu unterscheiden, auf die sich unter anderem das Bundesgesetz über die Unterstützung der familienergänzenden Kinderbetreuung und der Kantone in ihrer Politik der frühen Förderung von Kindern (UKibeG) fokussiert. Die Initiative ergänzt damit das UKibeG.			
Nationalrat	Ergänzung zur Tagesordnung	<a href="#">22.472</a>	Pa. Iv. Prelicz-Huber <b>Fachkräftemangel wirksam bekämpfen</b>	
	In der familienergänzenden Bildung und Betreuung ist der Personalmangel auf allen Stufen höchst akut. kibesuisse fordert deshalb substanzielle Investitionen in bessere Rahmenbedingungen und in die Qualitätsentwicklung. Eine wichtige Massnahme in dieser Hinsicht sind Beiträge zur Finanzierung der Aus- und Weiterbildung von Betreuungspersonen, wie sie in der vorliegenden Initiative vorgesehen sind.			
Ständerat	Mittwoch, 14. Juni	<a href="#">23.3223</a>	Motion Eva Herzog (Carobbio Guscetti) <b>Verankerung der Prävention gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz in der beruflichen Grundbildung und in der Ausbildung zur gymnasialen Maturität</b>	
Arbeitgeber sind verpflichtet, präventive Massnahmen gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz zu treffen. Deshalb unterstützt kibesuisse als Arbeitgeberverband, dass zukünftige Arbeitnehmende der familienergänzenden Bildung und Betreuung während ihrer Ausbildung frühzeitig darauf sensibilisiert werden.				

Donnerstag,  
15. Juni

21.052, 22.026, 22.4269

Geschäfte des  
Bundesrats / Motion  
SiK-N



### Alimentierung Armee und Zivilschutz / Sofortige Zusammenlegung des Zivildienstes und des Zivilschutzes in einer einzigen Organisation im VBS

Aufgrund des Berichts des Bundesrats «Alimentierung Armee und Zivilschutz Teil 1» wurde im Frühjahr 2023 eine Vernehmlassung durchgeführt. Der Bundesrat schlug Änderungen im Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz, im Zivildienstgesetz und im Militärgesetz vor, um die Zivilschutzbestände zu erhöhen und damit einen Leistungsabbau des Zivilschutzes zu verhindern. In seiner [Stellungnahme](#) zur Vernehmlassung begrüsst kibesuisse die Ausweitung der Schutzdienstpflicht auf gewisse Militärdienstpflichtige und ehemalige Armeeangehörige. Der Verband unterstützt auch, dass ein allfälliger Unterbestand in einer Zivilschutzorganisation (ZSO) zuerst innerkantonal und dann mit Schutzdienstpflichtigen aus Nachbarkantonen mit einem Überbestand ausgeglichen wird.

kibesuisse spricht sich aber klar und deutlich dagegen aus, Zivildienstpflichtige (Zivis) zu verpflichten, einen Teil ihres Zivildienstes in einer ZSO mit Unterbestand zu leisten. Dies ergibt sich aus dem wichtigen Stellenwert, den die Zivis für die familienergänzende Bildung und Betreuung haben. Gemäss den [Kennzahlen](#) des Bundesamts für Zivildienst (ZIVI) haben Zivis die Hälfte aller geleisteten Dienstage (51,4 Prozent) im Sozialwesen absolviert. Dazu zählen eben auch die Einsätze in den Organisationen der familienergänzenden Bildung und Betreuung, die im vergangenen Jahr rund 112'000 Dienstage ausmachten.

Die Organisationen der familienergänzenden Bildung und Betreuung sind auf Zivis angewiesen, weil sie mit einem auf allen Funktionsstufen höchst akuten Personal- und Fachkräftemangel kämpfen. Angesichts dieses unbestrittenen Bedarfs trägt der Einsatz von Zivis dazu bei, die negativen Folgen des Personalmangels in der Branche abzumildern. Ohne sie würden sich die Organisationen in einer noch kritischeren und angespannteren Lage befinden.

Die Erfahrungen mit dem Einsatz von Zivis in Kitas sind derweil absolut positiv. Basierend auf Erfahrungswerten lässt sich davon ausgehen, dass bis zu 10 Prozent der jungen Männer, welche die Kitas als Einsatzbetrieb wählen, ermutigt werden, sich für einen entsprechenden Beruf in der familienergänzenden Bildung und Betreuung zu entscheiden. Das heisst, Zivis sind nicht nur Lückenfüller, sondern wichtig für die Erhaltung des Fachkraft-Potenzials.

Bei einer Annahme der geplanten Gesetzesänderungen könnten Einsatzbetriebe und Zivis nicht mehr langfristig Einsätze planen und vereinbaren. Sie müssten jederzeit damit rechnen, dass das ZIVI das Aufgebot zum Einsatz (auch kurzfristig) verweigert oder einen laufenden Einsatz abbricht. Zivis und Einsatzbetriebe verlören jede Planungssicherheit.

Zudem würden auch der Zivildienst und der Zivilschutz gegeneinander ausgespielt und vermischt. Dies trifft erst recht für die Motion der nationalrätlichen Sicherheitspolitischen Kommission (SiK-N) zu, die gestützt auf die Variante «Sicherheitsdienstpflicht» aus dem zweiten Teil des Berichts «Alimentierung Armee und Zivilschutz» eine sofortige Zusammenlegung der beiden Dienstpflichtformen fordert.

Sowohl die Gesetzesänderungen der Vernehmlassung als auch die Motion der SiK-N wollen Armee und Zivilschutz stärken, indem sie den Zivildienst schwächen. Der Schuss würde nach hinten losgehen, wenn der Zivilschutz seine Bestände auf Kosten des funktionierenden Zivildienstes aufstockt. Die aktuellen Rekrutierungsprobleme des Zivilschutzes würden sich somit auf den Zivildienst übertragen. Die drei Instrumente Armee, Zivildienst und Zivilschutz haben sich alle bewährt und ergänzen einander. Anstatt diese gegeneinander auszuspielen, sollen sie alle eigenständig gestärkt werden.

→ kibesuisse empfiehlt deshalb, die Motion der SiK-N abzulehnen. Beim Bericht «Alimentierung Armee und Zivilschutz» empfiehlt der Verband, der Meinung der Kommissionsminderheit und dem vom Bundesrat vorgeschlagenen Zeitplan zu folgen und die zwei Jahre abzuwarten, damit die Abklärungen zu den alternativen Dienstpflichtvarianten vorgenommen werden können.



### Von Tagesstrukturen zu Tagesschulen

Die vorliegende parlamentarische Initiative soll ein Förderprogramm ermöglichen, welches Kantone bei der Einrichtung von Tagesschulen unterstützt. Wichtig ist hier die begriffliche Unterscheidung zwischen Tagesschulen und (schulergänzenden) Tagesstrukturen. Letztere werden vielerorts räumlich ausserhalb sowie institutionell und konzeptionell losgelöst von der Schule angeboten. Tagesschulen verschränken dagegen als ganzheitlich pädagogisch geleitete Angebote die Bildung und die Betreuung unter einem Dach.

Damit ist klar: Die Initiative ergänzt das Bundesgesetz über die Unterstützung der familienergänzenden Kinderbetreuung und der Kantone in ihrer Politik der frühen Förderung von Kindern (UKibeG), über das der Ständerat demnächst befinden wird. Der Gesetzesentwurf sieht in Art. 13 Abs. 1 vor, die Kantone via Programmvereinbarungen beim Ausbau und bei der Weiterentwicklung von Angeboten im schulergänzenden Bereich zu unterstützen. Damit sind primär keine Tagesschulen, sondern (schulergänzende) Tagesstrukturen gemeint, wie auch im erläuternden Bericht zum UKibeG festgehalten ist (vgl. [Kap. 3.1.2](#)). Mit anderen Worten: Die von der Initiative geforderten Massnahmen sind noch nicht vollständig in das UKibeG eingeflossen.

→ **kibesuisse empfiehlt deshalb, der Minderheit der nationalrätlichen Bildungskommission (WBK-N) zu folgen und auf die Vorlage einzutreten.**



### Fachkräftemangel wirksam bekämpfen

In der familienergänzenden Bildung und Betreuung herrscht ein auf allen Stufen höchst akuter Personalmangel. Diverse Rückmeldungen aus der Branche zeigen auf: Sowohl Stellen für qualifiziertes Personal als auch Lehrstellen können trotz intensiven Rekrutierungsversuchen nicht besetzt werden. Einige Trägerschaften waren in der Folge bereits gezwungen, Betreuungsplätze abzubauen oder ihre Öffnungszeiten zu reduzieren.

Wie bereits seit Jahren von kibesuisse gefordert, braucht es dringend substanzielle Investitionen in bessere Rahmenbedingungen und in die Qualitätsentwicklung. Dazu gehören Aus- und Weiterbildungszuschüsse, wie sie die vorliegende Initiative zur Bekämpfung des Fachkräftemangels fordert. Die öffentliche Hand muss rasch und engagiert mehr Geld in die Hand nehmen. Allein so ist es möglich, ausreichende, gut ausgebildete und qualifizierte Fachkräfte für die Branche zu gewinnen und diese auch dank besseren Entwicklungsmöglichkeiten in der Branche zu behalten.

→ **kibesuisse empfiehlt deshalb, der Minderheit der nationalrätlichen Bildungskommission (WBK-N) zu folgen und auf die Vorlage einzutreten.**

## Ständerat

Mittwoch, 14. Juni  
23.3223

Motion Eva Herzog  
(Carobbio Guscetti)



### Verankerung der Prävention gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz in der beruflichen Grundbildung und in der Ausbildung zur gymnasialen Maturität

Die Motion will, dass die Aufklärung und die Prävention gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz obligatorischer Bestandteil im Stundenplan der beruflichen Grundbildung und der gymnasialen Maturität werden. kibesuisse ist ein Verband, dessen Mitglieder Angebote der familienergänzenden Bildung und Betreuung in Kindertagesstätten, schulergänzenden Tagesstrukturen und Tagesfamilien bereitstellen. Als Arbeitgeber stehen sie in der Pflicht, präventive Massnahmen gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz zu treffen.

Im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes ist es daher sinnvoll, wenn zukünftige Arbeitnehmende der familienergänzenden Bildung und Betreuung über ihre Rechte Bescheid wissen und sich auch aktiv für ein belästigungsfreies Arbeitsumfeld einsetzen können. Eine frühzeitige Sensibilisierung verhindert überdies, dass sich allfällige Belästigungsmuster am Arbeitsplatz verfestigen können.

→ **kibesuisse empfiehlt deshalb, die Motion anzunehmen.**

## **Kontakt**

Maximiliano Wepfer

Verantwortlicher politische Kommunikation

E-Mail: [maximiliano.wepfer@kibesuisse.ch](mailto:maximiliano.wepfer@kibesuisse.ch)

Tel.: 043 321 32 53



**kibesuisse**

Verband Kinderbetreuung Schweiz

Fédération suisse pour l'accueil de jour de l'enfant

Federazione svizzera delle strutture d'accoglienza per l'infanzia